

Vollzugsdefizit

Über Sätze die einen nicht loslassen

Ich glaube nicht uneingeschränkt an den Rechtsstaat. Das ist kein Ergebnis einer theoretischen Auseinandersetzung, sondern einer sehr konkreten Erfahrung — und die liegt weit zurück.

Ich war Teenagerin, Punkerin, und zu unserer Gruppe gehörte jemand, gegen den Anzeige erstattet wurde. Zwei Polizisten sagten aus, genau dieser Mensch habe an einem Abend auf einer Treppe einen der Polizisten angegriffen. Präzise Beschreibung, klare, deckungsgleiche Aussagen zweier Polizisten gegen die Aussage eines gerade 18-jährigen Punks. Das Problem: er war zu dem Zeitpunkt in Spanien. Er konnte es beweisen. Sonst wäre das einfach schief gegangen.

Seitdem weiß ich: der Rechtsstaat funktioniert — möglicherweise, unter bestimmten Bedingungen, für bestimmte Menschen. Dass Gesetze existieren die schützen könnten, glaube ich. Dass zwischen diesem Könnten und dem was tatsächlich passiert eine Lücke klafft, weiß ich seit ich fünfzehn war.

Was ich nicht wusste: wie tief diese Lücke geht. Bis ich vor ein paar Wochen einen Satz hörte, der mich seitdem nicht mehr loslässt.

"Wir sind eine Behörde. Wir haben doch mit Gesetzen nichts zu tun."

Gesagt von einer Mitarbeiterin einer Behörde, in einer anderen Stadt. Nicht als Witz. Als Erklärung.

Seitdem ich diesen Satz gehört habe, kommt er mir immer wieder in den Sinn. Und er tut immer noch dasselbe: er schüttelt mich. Körperlich. Nicht als Metapher — als tatsächliche Reaktion. Etwas zieht sich zusammen, etwas dreht sich, etwas in mir weigert sich, diesen Satz einfach abzulegen und weiterzumachen.

Ich habe versucht zu verstehen warum. Es ist nicht nur Empörung. Es ist eher so etwas wie: der Boden gibt nach. Als würde ein Satz eine Annahme zerstören die ich nicht einmal bewusst hatte — die Annahme, dass es zumindest den Anspruch gibt. Dass eine Behörde, die auf Gesetzen basiert, sich zumindest so verhält als würde sie das wissen. Dass der Rechtsstaat, der nicht perfekt ist, aber wenigstens so tun muss als ob. Dieser Satz tut nicht so als ob. Und das ist der Abgrund.

Dieser Satz hat einen konkreten Kontext. Ich nenne die Details nicht — es ist nicht meine Geschichte. Was ich nenne ist die Reaktion auf den Einwand, dass eine gesetzliche Zuständigkeit ignoriert wurde:

Kämpfen Sie doch nicht gegen Windmühlen. Konzentrieren Sie sich auf das was vor Ihnen liegt, nicht auf das was hinter Ihnen liegt.

Etwa zehn Tage später saß ich in einem anderen Gespräch. Anderer Kontext, andere Menschen — erfahrene Sozialarbeiterinnen in einer Beratung, klug, kritisch, lange in diesem Feld tätig. Es ging um Menschen mit Schutzbedarfen in Gemeinschaftsunterkünften. Menschen die ein Recht hätten — auf dem Papier, eindeutig — aber kein Recht bekämen. Und die Antwort auf die Frage, weshalb sie empfehlen das Recht nicht einzufordern:

Das ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Die Energie lieber in die Wohnungssuche zu stecken, es sei schwer genug.

Zwei Kontexte. Zwei Mal derselbe Satz. Kein böser Wille, keine Dummheit — das ist das Verstörende. Sondern Menschen die in Systemen arbeiten und irgendwann aufgehört haben zu glauben, dass Recht wirkt.

Der Satz „Kampf gegen Windmühlen“ klingt nach Fürsorge. Nach Pragmatismus. Nach dem gut gemeinten Hinweis einer erfahrenen Person die weiß wie es läuft.

Er ist es nicht. Er verschiebt.

Wer sagt: konzentrieren Sie sich auf das was vor Ihnen liegt — macht aus einem strukturellen Versagen ein persönliches Haltungsproblem. Das Recht existiert. Die Zuständigkeit existiert. Was fehlt ist der Vollzug. Und anstatt das zu benennen, wird die Person adressiert die darauf besteht: zu stur, zu rückwärtsgewandt, zu wenig pragmatisch. Möglicherweise auch anstrengend, aggressiv und bedrohlich. Recht-haben-wollen wird pathologisiert.

Das ist keine Kleinigkeit. Demokratie setzt voraus dass Menschen darauf bestehen können dass Recht wirkt — ohne dafür als weltfremd zu gelten. Wenn genau das zum Kampf gegen Windmühlen erklärt wird, verschiebt sich etwas Grundlegendes. Nicht laut. Nicht durch Verbote. Sondern dadurch dass Resignation zur Klugheit wird. Und Klugheit zur einzig akzeptierten Haltung.

Was mich bei den Sozialarbeiterinnen so getroffen hat: sie wussten das alles. Sie sagten es nicht aus Gleichgültigkeit. Sie sagten es weil sie lange genug in diesem System gearbeitet haben um zu wissen dass Recht einfordern erschöpft, kostet, selten gewinnt. Das ist keine Kritik an ihnen. Das ist eine Beschreibung dessen was Systeme mit Menschen machen die lange genug darin arbeiten.

Das ist kein Einzelversagen. Das ist Struktur.

Gesetze gegen Leerstand bzw. Zweckentfremdung von Wohnraum existieren.

Jugendämter haben Dokumentationspflichten. Aufsichtsbehörden haben Fachaufsicht.

Das alles steht. Auf dem Papier, präzise, eindeutig.

Was nicht steht: der Vollzug. Behörden haben keine Kapazitäten für flächendeckende Eigenrecherche. Eigeninitiative ist strukturell nicht angelegt. Konsequenzen bei Nichterfüllung: selten. Das Recht wirkt nicht weil niemand es zum Wirken bringt — und weil das System so gebaut ist dass niemand dafür zuständig ist, es zum Wirken zu bringen.

Das ist kein Zufall.

Wohnungsbaugesellschaften die einmal kommunal waren und sozialen Auftrag hatten, sind in vielen Städten privatisiert worden. Eine politische Entscheidung, kein schicksalhaftes Geschehen. Die Stadt kann auf die GmbH verweisen. Die GmbH ist privatwirtschaftlich und muss niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig sein — keine transparente Warteliste, keine Fairness, kein sozialer Auftrag. Wer verantwortlich ist, lässt sich nicht mehr festhalten. Das ist der Punkt.

Ich wohne in dieser Stadt. Ich bin Teil dieser Geschichte — nicht als Unbeteiligte die von außen schaut, sondern als jemand die selbst zur Gentrifizierung beiträgt. Das ist keine Selbstgeißelung, aber es ist eine Tatsache die ich nicht wegschreiben will. Wer Strukturkritik übt ohne die eigene Position darin zu benennen, macht es sich zu einfach.

Wohnungsknappheit ist kein lokales Problem. Sie ist ein globales Phänomen, getrieben von Kapitalinteressen, Spekulation, dem Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung, Urbanisierung. Was ich im Rhein-Main Gebiet beobachte ist ein lokaler Ausschnitt davon — erkennbar, benennbar, und deshalb auch angreifbar. Nicht als großes revolutionäres Projekt. Aber als konkreter Ort wo Vollzug möglich wäre, wenn jemand darauf besteht.

Ein weiteres Beispiel, das persönlichste: Ein Familiengericht ordnet neben dem unbegleiteten Umgang zwei Auflagen an — Antiaggressionstraining und Elternberatung. Beide sollen dem Schutz der Kinder dienen, damit der Täter häuslicher Gewalt, so benennt ihn der Beschluss, seine Elternrolle gut ausfüllen kann.

Die Beratungsstelle pocht auf Freiwilligkeit — obwohl sie im Gerichtsverfahren beteiligt war und weiß dass es eine Auflage ist.

Beide Auflagen werden nicht erfüllt.

Mangels Mitarbeit stellt die Beratungsstelle ihre Beratungstätigkeit ein. Das Jugendamt sagt: „Sie kompensieren das schon“.

Das Gericht schreibt, ich hätte einen vollstreckbaren Beschluss.

Drei Anwältinnen bestätigen unabhängig voneinander: nicht durchsetzbar.

Wozu dann überhaupt Gesetze?

Das ist keine rhetorische Frage. Ich meine sie ernst. Ein Rechtsstaat der Gesetze schreibt die nicht vollzogen werden, der Zuständigkeiten benennt die niemand wahrnimmt, der Rechte garantiert die niemand einfordern kann ohne dafür

pathologisiert zu werden und wie ein Narr gegen Windmühlen kämpfen muss — was ist das Versprechen dieses Rechtsstaats wert?

Ich weiß die Antwort nicht. Ich weiß nur dass die Alternative — aufhören darauf zu bestehen — keine ist. Nicht für meine Freunde. Nicht für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften die ein Recht hätten. Nicht für mich. Nicht für meine Kinder. Und eigentlich für niemanden.

Ich habe einen Bürgervorschlag formuliert. Bestehende digitale Meldesysteme um eine Kategorie erweitern — Hinweise auf Wohnungsleerstand, damit Behörden prüfen können was sie ohnehin prüfen dürften. Eine Lücke kleiner machen. Mehr nicht.

Ich werde ihn verschicken. Ob er was bewirkt: ich weiß es nicht. Und ich merke, dass ich Angst davor habe.

Nicht vor dem Vorschlag. Vor dem Sichtbarwerden. Vor diesem Text. Die Frage die sich in mir meldet ist: mache ich mich damit angreifbar?

Und dann die nächste, die eigentlich absurde: warum? Ich tue nichts Verbotenes. Ich denke laut. Ich benenne was ich beobachte. In einem funktionierenden Rechtsstaat sollte genau das möglich sein — ohne Konsequenz, ohne Risiko, ohne dieses leise Ziehen im Bauch das sagt: pass auf.

Dass diese Angst da ist, sagt mehr über den Zustand des Rechtsstaats als jeder Paragraf.

Der Satz steht noch im Raum: Wir sind eine Behörde. Wir haben doch mit Gesetzen nichts zu tun. Kämpfen Sie doch nicht gegen Windmühlen. Sie kompensieren das schon.

Und ich weigere mich, ihn einfach stehen zu lassen.